

5. Organisatorische und juristische Verbesserungen

- Auflösung des Gesundheitsfonds zu Gunsten der Krankenkassen
- Lösungen für die weitere Verwendung der Rückstellungen der PKV (215 Mrd. Euro)
- Mitbestimmung der Versicherten in allen Gremien: z. B. im GBA (Gemeinsamer Bundesausschuss), in dem die Kassenleistungen freigegeben werden
- Uneingeschränkte Umsetzung der Beweislastumkehr zugunsten der Versicherten für alle Behandlungsfehler der Leistungserbringer
- Zeitnahe, transparente und verständliche Abrechnungen von ärztlichen Leistungen zwischen Arzt bzw. Krankenhaus, Patient und Krankenkasse



AKTION DEMOKRATISCHE
GEMEINSCHAFT E.V.

Ein Zusammenschluss von engagierten Bürgern
für eine lebenswerte Zukunft
in einem sozialen und gerechten Staat

sozial | solidarisch | gerecht

Gesetzliche Kranken- versicherung

Forderungen an die Parteien zur Bundes- tagswahl 2017



Herausgeber:
Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.
Starenweg 4 | 82223 Eichenau
info@adg-ev.de | www.adg-ev.de

8006 1610 3

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.
Starenweg 4 | 82223 Eichenau
info@adg-ev.de | www.adg-ev.de

Gesetzliche Krankenversicherung

Forderungen der ADG an die Parteien zur Bundestagswahl 2017

1. Einheitliches Krankenversicherungssystem für alle Bürger

- Gleiches Recht für alle Bürger in einer solidarischen Gesellschaft
- Abschaffung des Zwei-Klassensystems im Gesundheitswesen; Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 Abs. 1, GG) für alle Bürger
- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für alle Bürger einschließlich Selbstständige, Politiker und Beamte
- Die Bürgerversicherung muss selbstverwaltet organisiert und nicht gewinnorientiert sein

2. Sozialgerechte Beitragsverteilung

- Die Beiträge der abhängig Beschäftigten tragen paritätisch Arbeitgeber und -nehmer zu gleichen Teilen, Selbstständige den vollen und Rentner max. den halben Beitragssatz (vor 1983 zahlte die Gesetzliche Rentenversicherung den vollen Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner)
- Aufhebung der gesetzlichen Begrenzung des Arbeitgeberbeitrages auf 7,3 %
- Abschaffung der Zusatzbeiträge
- Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze (z. B. nach Schweizer Modell)
- Beitragspflicht für Vermögens- und Kapitaleinkünfte
- Jährliche Offenlegung und vollständige staatliche Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen, keine willkürliche Verringerung nach Kassenlage
- Ermäßigter Beitragssatz für alle Mitglieder, die kein Krankengeld beziehen, auch für Rentner

- Volle staatliche Übernahme der Kosten/Beiträge von Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfängern und nicht erwerbstätigen Asylbewerbern

3. Verbesserungen bei den medizinischen Leistungen

- Behandlung nach neuestem medizinischem Standard, nicht nach Kassenlage
- Kostenfreie Vorsorgeuntersuchungen
- Wiederaufnahme gestrichener Leistungen wie z. B. 100 % Zahnersatz, augenärztliche Leistungen (Brillen)
- „Individuelle Gesundheitsleistungen“ (IGeL) wie Augeninnendruckmessung, Ultraschall der Eierstöcke und PSA-Test als „Selbstzahlerleistungen“ abschaffen und in den Leistungskatalog aufnehmen
- Persönliche ärztliche Betreuung höher bewerten als Apparatemedizin

4. Verbesserungen bei den Leistungen für Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel

- Senkung der Arzneimittelpreise an niedrigeres EU-Niveau
- Abschaffung aller Zuzahlungen (Arzneimittel, Krankenhaustagegeld, Hilfsmittel usw.)
- Wiederaufnahme gestrichener Medikamente in den Leistungskatalog der Krankenkassen (grünes Rezept)
- Einführung einer Positivliste für Arzneimittel
- Komplettes Aufheben der Mehrwertsteuer auf Arzneimitteln, mindestens Senkung von 19 % auf 7 %